

**Rede von Kaweh Mansoori
beim Parteitag des SPD-Bezirks Hessen-Süd
am 29. Mai 2021**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Anrede,

Ich freue mich, dass wir heute im Stadion zusammenkommen können. Ich freue mich, euch heute zu sehen. Ich freue mich, dass ich heute heute wieder in die Gesichter schauen kann. Und noch mehr freue ich mich, wenn ich euch wieder in den Unterbezirken besuchen kann.“

Ich will mich vorne weg bei Kristina Luxen und dem ganzen Team aus der Fischerfeldstraße und aus unseren 18 Unterbezirken bedanken. Für euren Rat, für euren Einsatz, euer offenes Ohr und auch euer Verständnis in zwei Jahren, die mich häufig auch persönlich an meine Grenzen getrieben haben. Und

manchmal noch ein Stück weiter. Ohne euch wären wir nicht soweit gekommen. Und ohne euch wäre auch dieser Parteitag nicht möglich. Vielen Dank!

Wir blicken zurück auf zwei Jahre, die geprägt waren von der Corona- Pandemie. Von einem Virus, das unsere Gesellschaft gefordert hat, aber vor allem Menschenleben.

Wir haben Freunde und Angehörige verloren. Auch ich persönlich. Der Schmerz sitzt tief und hinterlässt Lücken, die sich nie schließen werden.

Was wäre gewesen, wenn wir früher beim Einkaufen oder in der U-Bahn Masken getragen hätten? Wenn Infektionsketten früher durchbrochen worden wären? Wenn der Lockdown konsequenter gewesen wäre? Wenn das Impfen früher begonnen hätte? Wenn wir nicht gleichzeitig versucht hätten, die größte Krise des Gesundheitssystems und unserer Volkswirtschaft zu bewältigen, während CDU und CSU eine Casting Show abhielten. Wenn Laschet und Söder sich nicht über

Monate einen Wettbewerb darum geliefert hätten, wer am 26. September Oppositionsführer wird.

Es ist hart zu sagen, aber ohne das wären wir besser gefahren. Weniger Infizierte. Und damit auch weniger Todesopfer. Weniger vernichtete Existenzen. Die letzten Monate sind auch ein Ergebnis von Zögern, Zaudern, billigem Taktieren. Ein Virus verhandelt nicht. Ein Virus wartet nicht, bis Personalfragen geklärt sind. Ein Virus verlangt konsequentes Handeln.

Ich will mir nicht ausmalen, was passiert wäre, wenn die SPD-Ministerinnen und Minister nicht in der Krise Verantwortung übernommen hätten. Dass dieser Parteitag heute stattfindet, liegt vor allem daran, dass wir auch Dank der SPD Licht am Horizont sehen. Noch lange werden wir an die letzten zwei Jahre zurückdenken.

Was werden wir aus dieser Krise mitnehmen? Was werden wir lernen und anders machen? Zum ersten Mal, seit ich politisch denken kann, hatte ich das Gefühl,

dass allen Menschen bewusst ist, warum uns Solidarität stärker macht. Gerade im ersten Lockdown fand ich selbst in meinem vermeintlich anonymen Großstadtviertel an jeder Ecke eine Telefonnummer, an die man sich wenden kann, wenn man im Alltag und bei Besorgungen Hilfe braucht. Solidarität ist der Kitt ist, der uns zusammenhält. Das wird den Menschen noch lange in Erinnerung bleiben. Und es ist das Fundament, auf dem wir aufbauen werden. Denn eine solidarische Gesellschaft braucht eine solidarische Politik. Dafür steht die SPD.

Manchmal müssen wir uns selbst daran erinnern. Manchmal müssen wir uns aus diesen ganzen Betroffenheitsdebatten befreien. So absurd viele Einzelentscheidungen in der Corona-Krise sein mögen: Die zentrale Debatte ist nicht, wer wann mit wie vielen Leuten gleichzeitig Gassi gehen kann.

Zentral ist, dass wir in einem Land leben, in der alle Menschen zum Arzt gehen können. In der sie im Krankenhaus aufgenommen werden ohne – anders als

im Geburtsland meiner Eltern – Bargeld auf den Tisch zu legen. Das hat Millionen von Menschenleben gerettet. Kein Mensch redet heute noch ernsthaft über eine weitere Privatisierung des Gesundheitssystems.

Wenn wir eins aus dieser Krise gelernt haben: Dann, wie wichtig es ist, die Zwei-Klassen-Medizin zu überwinden. Wie wichtig es ist, das Gesundheitssystem nicht nach den Interessen von Pharma-Konzernen und ihren Eigentümern auszurichten, sondern nach den Bedarfen von Patientinnen und Patienten. Und zwar aller, nicht nur der privat Versicherten. Denn Achtung liebe CDU, liebe FDP! Medizin soll zuerst die Menschen gesund machen und nicht die Aktionäre reich.

Auch deswegen führen wir als Bezirk eine Debatte um eine wohnortnahe gute medizinische Versorgung. Auch Dank der Impulse von Katrin Hechler und Heike Hofmann.

Corona hat aber auch gezeigt, dass Gesundheit mehr ist als keine Infektion zu haben. Einsamkeit betrifft immer

mehr Menschen, jung und alt, vor allem aber Menschen, mit wenig Geld. Einsamkeit isoliert und macht krank. Und gerade in den Städten ist Einsamkeit eine soziale Frage. Auch im Kampf gegen Einsamkeit brauchen wir einen starken Staat und öffentliche Räume. Auch das findet sich auf Initiative von Hessen-Süd im Zukunftsprogramm.

Zentral ist, dass wir in einem Sozialstaat leben, der in Zeiten, in denen Konjunktur und Steuerreinnahmen einbrechen nicht kapituliert, sondern investiert.

In den Erhalt von Arbeitsplätzen. In Technologien von morgen statt von gestern. In Chancen, in den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und in die Teilhabe von Menschen.

Das ist nicht der Nachwächterstaat, den CDU und FDP bis gefühlt gestern gefordert haben. Das ist der starke Staat, auf den sich die Menschen verlassen können. Und das waren Olaf Scholz und die SPD, liebe Genossinnen und Genossen. Es macht einen

Unterschied, wer regiert.

Zentral ist, dass wir den Blick nach vorne richten. Die Überschrift des Parteitags lautet: Deine Welt nach Corona. Anknüpfend an die Diskussionsreihe aus dem letzten Jahr. Wir werden diese Gesellschaft wiederaufrichten. Und was kaputt gegangen ist, werden wir wiederaufbauen. Aber anders als es vorher war. Solidarischer. Moderner. Digitaler. Fairer. Nachhaltiger.

Und natürlich haben die letzten zwei Jahre auch unsere Partei als Organisation verändert. Wir arbeiten mit Ortsvereinen an der Kampagnenfähigkeit, weil sie die erste Anlaufstelle für Menschen sind, die bei uns Mitglied werden oder uns ihre Stimme leihen. Und wir haben den digitalen Umbruch der südhessischen SPD eingeleitet. Das rote Netz ist aus der Arbeit vieler Ortsvereine und Unterbezirke nicht wegzudenken. Mit unserem Medienteam haben wir viele Gliederungen unterstützt, Veranstaltungen und Parteitage ins Virtuelle zu verlegen.

Unsere politische Kommunikation ist heute digitaler. Und damit zeitgemäßer. Wir erreichen damit auch mehr Menschen. Und wir ermöglichen auch in der Partei vielen die Teilhabe, die sich nicht mehr zwischen Kindern ins Bett bringen und der Teilnahme an Abendveranstaltungen entscheiden müssen. So sehr ich mich freue, dass ich heute wieder in echte Gesichter schauen kann, der digitale Schub der Partei wird bleiben.

Umso mehr müssen wir uns auf unsere Botschaften konzentrieren. Wir werden Wahlen gewinnen, wenn die SPD-Zuversicht in ein besseres Morgen verbreitet. Manchen ist das bei der letzten Kommunalwahl gelungen. Euch beglückwünschen wir. Stellvertretend im Odenwald, in Darmstadt-Dieburg, in Offenbach und Hanau!

Als SPD in der Region und im Land müssen wir hart daran arbeiten, Vertrauen zurückzugewinnen. Mit Antworten auf Zukunftsängste. Mit Lösungen für Fragen. Indem wir sagen, was wir denken. In dem wir tun, was

wir sagen. Und in dem wir auch mit Persönlichkeiten antreten, die glaubwürdig für eine moderne linke Volkspartei stehen.

Und die Wahrheit ist, wir haben bei der Kommunalwahl ein Ergebnis eingefahren, das in vielen Gemeinden und Landkreisen bitter ist. Wir werden uns die Zeit nehmen, das aufzuarbeiten.

Aber der wichtigste Umgang mit Wahlniederlagen ist, den Kopf nicht in den Sand zu stecken, sondern den Rücken gerade zu machen. Denn wir machen das hier, um etwas für die Menschen zu erreichen. Und die wollen von uns vor allem wissen, was morgen anders und besser wird, wenn wir regieren.

158 Jahre haben wir uns nicht dem Fortschritt in den Weg gestellt, sondern dafür gesorgt, dass aus technologischen Innovationen sozialer Fortschritt wird. Produktivitätsgewinnen, neuen Technologien und Maschinen haben die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und die SPD

- Sozialversicherung,
- 8-Studentag,
- 5-Tagewoche,
- betriebliche Mitbestimmung,
- Sozialpartnerschaft,
- Lohngerechtigkeit,
- und den Schutz von Freizeit und Familie gegenübergestellt.

Die Geschichte der SPD sagt: Wandel muss nichts Schlechtes sein. Veränderung kann Fortschritt bedeuten. Das ist die Messlatte, an der wir heute gemessen werden.

Wenn ich mit Beschäftigten spreche. Ob sie im Einzelhandel arbeiten, in der Industrie oder in den Bankentürmen beheimatet sind. Viele fragen sich, wovon sie in 10 Jahren ihre Familien ernähren werden. Liberale und Konservative sagen: Der Kapitalismus braucht weniger Regeln. Linke sagen: Der Kapitalismus braucht mehr Regeln. Grüne sagen gar nichts. Keiner von denen beantwortet die Frage.

Wir sind die einzige Partei, die sagt, was ist. Ihr werdet möglicherweise etwas anderes tun als heute. Aber es gibt keinen Grund zur Sorge, weil es neue Aufgaben geben wird und weil wir euch einen Sozialstaat zur Seite stellen, der Sicherheit im Wandel schafft und euch auf diesem Weg begleitet.

Auch deswegen diskutieren wir als Bezirk, wie die Arbeitswelt von morgen aussehen wird. Mit den Gewerkschaften, aber auch mit den Unternehmen.

Wenn Berufsbilder sich schneller verändern, wird Fortbildung und Qualifizierung entscheidend. Und deswegen setzt die SPD bei den Regelungen für das Kurzarbeitergeld Anreize zur Schaffung von Fortbildungsangeboten. Das ist der erste Schritt. Wir wollen am 26. September ein Mandat für eine Regierung, die den zweiten Schritt geht und einen Rechtsanspruch auf Fort- und Weiterbildung schafft. Wir wollen eine Chancengesellschaft.

Dafür brauchen wir auch soziale Absicherung. Mit einem Chancenkonto, aus dem Menschen berufliche Neuorientierungen oder Geschäftsgründungen finanzieren können. Oder einem längeren Arbeitslosengeld 1 für die, die sich in der Erwerbslosigkeit weiterbilden, um wieder in Arbeit zu finden.

Den Wandel in der Arbeitswelt sozial zu gestalten, das wird auch eine der zentralen Herausforderungen für die Region in unserem Bezirk. Luftverkehr, Automobil, Chemie, Dienstleistungen. Alle vier Branchen sind im Umbruch. Bei Conti, Lufthansa, Fraport, Opel spüren das die Beschäftigten, mit denen wir in regelmäßigem Austausch sind, seit Jahren. Und Corona hat viele Veränderungen beschleunigt.

Es geht um Zehntausende von Arbeitsplätzen. Und deswegen darf es gar keinen Zweifel geben, wo wir stehen. Ob vor den Werkstoren oder im Parlament: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen an eurer Seite.

Und wichtig ist, dass wir auch Ideen entwickeln, wie neue Arbeit entsteht, von der Menschen ihre Familien ernähren können. Tariflich bezahlt und mitbestimmt.

Hunderttausende von Arbeitsplätzen hat die SPD geschaffen, in dem sie in den 2000ern den erneuerbaren Energien den Weg bereitete.

Hunderttausende werden entstehen, wenn wir abgasfreie Mobilität, saubere Wärme und erneuerbaren Strom zusammendenken.

Es ist, wie mein großes Vorbild Hermann Scheer das für die Solar- und Windenergie vorgemacht hat: Made in Germany muss für die modernste und sauberste Industrie der Welt stehen, die Arbeit in unserer Region schafft und die unser Klima besser macht.

- Bus und Bahn günstiger machen,
- Ladesäulen für Elektro-Fahrzeuge schaffen,
- das Bahnnetz für die Pendlerinnen und Pendler ausbauen
- Deutschland zum Leitmarkt für

Wasserstofftechnologien machen

- in die Forschung und Entwicklung alternativer Treibstoffe investieren.
- Batterie-Recycling-Kreisläufe schaffen: Das ist, was die SPD sich für die nächsten Jahre vorgenommen hat.

Und wir müssen den Wandel immer auch aus der Perspektive der Beschäftigten denken. Übrigens auch, weil Demokratie mehr ist, als nur alle 4 Jahre wählen zu gehen. Ein Teil der demokratischen Aushandlungsprozesse in unserem Land findet über Arbeitskämpfe und Lohnforderungen statt. Und deswegen rührt es auch an den Grundfesten unserer Demokratie, wenn wir zulassen, dass immer mehr Betriebe sich Tarifen entziehen. Das dürfen wir nicht tun.

Deswegen müssen wir die Rolle von Betriebsräten und Gewerkschaften stärken. Und die Unternehmen belohnen, die auf Sozialpartnerschaft setzen. Auch deswegen sage ich: Tariffucht darf nicht subventioniert

werden. Keine öffentlichen Aufträge an Unternehmen ohne Tarif und Mitbestimmung.

Vor zwei Jahren haben wir gesagt: Eine neue Zeit braucht einen neuen Sozialstaat. 20 Jahre nach der Einführung der Agenda 2010 muss es darum gehen, wie der Sozialstaat der Zukunft aussieht und nicht der Sozialstaat Vergangenheit.

Wir setzen uns für einen Sozialstaat ein, der ermutigt und nicht entmutigt. Ich glaube daran, dass jeder Mensch für sich und seine Familie ein selbstbestimmtes und gutes Leben will. In Zeiten der Veränderung braucht es einen Sozialstaat, der auffängt und Stütze ist, auf den man sich verlassen kann.

Ein Sozialstaat, in dem man keinen Katalog blättern muss, um zu wissen, wo man welche Leistung beantragen kann. Ein Sozialstaat, der ein Recht auf Arbeit schafft. Einer, der Lebensleistungen, etwa den Bausparvertrag als Rücklage für die Enkel schützt, wenn man nach 30 Jahren Schufferei arbeitslos wird. An

diesem Sozialstaat wollen wir in Berlin arbeiten. Ich bin stolz darauf, dass unser Markenkern soziale Gerechtigkeit heißt.

Und lasst uns nicht die Menschen vergessen, die während der Pandemie harte Zeiten durchmachen. Gerade die Selbstständigen, deren Altersrücklagen weg sind. Die Kulturschaffenden, denen die Aufträge weggebrochen sind. Oder die Jungen, die nach der Ausbildung in die Arbeitslosigkeit gegangen sind.

Vom Bornheimer Hang bis zu mir nach Hause sind es etwa 3 km Luftlinie. An einem Thai-Imbiss habe ich vor ein paar Monaten einen jungen Mann getroffen. Anfang 20, Koch, Lehre in einem Frankfurter Sternerrestaurant. Jetzt füllt er aushilfsweise Automaten auf. Er verlässt sich darauf, dass wir das Land wiederaufbauen. Und genau deswegen sage ich in Richtung CDU: Die Krise bekämpft man nicht mit Lohndumping und Sozialkürzungen, sondern mit massiven Investitionen in die Zukunft. Investitionen für die Vielen, nicht für die Wenigen.

Nach der Pandemie anders handeln, heißt übrigens auch – und Jutta Allmendinger hat es in der Veranstaltung mit Nadine Gersberg und Natalie Pawlik im Februar nochmal ausdrücklich herausgearbeitet – dass Corona keine Rolle rückwärts für die Gleichstellung bedeuten darf. Für wen war Homeschooling und Homeoffice denn die größte Belastung? Und wer hat denn eher die Stunden reduziert, um alles unter einen Hut zu bringen?

Viele haben in der Krise für Frauen in der Pflege oder an der Supermarktkasse applaudiert. Aber klatschen allein bezahlt deren Rente nicht. Es geht nach der Krise darum,

- dass gleichwertige Arbeit auch gleich bezahlt wird,
- dass wir die Pflege von Angehörigen und die Erziehung von Kindern in der Rente stärker anerkennen,
- oder dass wir die unterstützen, die ein Leben lang Teilzeit gearbeitet haben, weil es keine Ganztagskittas gab.

Dafür wollen wir uns einsetzen.

Auf Zusammenhalt und Gerechtigkeit zu setzen, heißt, dass wir mit armutsfesten Mindestlöhnen und einer Grundrente die Entwertung von Arbeit stoppen. Respekt für gute Arbeit heißt aber vor allem, dass sich Menschen von Tariflöhnen auch einen vernünftigen Lebensstandard leisten können.

Immer häufiger entscheidet das Portmonee gerade im Rhein-Main-Gebiet, wer hier leben kann. Die Lebenshaltungskosten sind zu hoch. Das fängt beim Wohnen an. In meiner 2-Zimmer- Wohnung im Frankfurter Nordend musste ich 21 EUR Warmmiete zahlen. Weil Tarek Al-Wazir und seine Grünen die Mietpreisbremse sabotiert haben.

Hessen ist eines der Länder mit den schlimmsten Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt. Bei Mieten und bei Eigentum. Weil es zu wenig Regeln gibt, und weil zu wenig gebaut wird.

Nur gemeinsam in den Kommunen, im Land und im Bund schaffen wir die Wende. Um Leerstand zu bekämpfen, um Spekulation zurückzudrängen, um die Rechte von Mieterinnen und Mieter zu schützen und ein erschwingliches zu Hause zu schaffen.

Und auch dafür brauchen wir ein Kabinett Olaf.

- damit weniger Modernisierungskosten auf die Miete umgelegt werden,
- damit ein echter Mietenstopp ins Bundesgesetz kommt.

Eine Gesellschaft der Chancen heißt übrigens auch, dass wir nach Corona unser Bildungssystem von Grund auf reformieren. Mit kleineren Klassen, gezielterer Förderung, besserer Ausstattung. 2 Jahre Corona haben gezeigt: Unsere Schulen und Hochschulen sind so undurchlässig wie zuletzt in den 70ern als Willy Brandt das Bafög einführte.

Geld für Laptops und Internetanschlüsse, Algebra-Kenntnisse der Eltern oder Sprachbarrieren dürfen für kein Kind in diesem Land eine Hürde darstellen. Ich will,

dass alle Kinder die gleichen Chancen bekommen. Weil offene Schulen und Hochschulen mir viel ermöglicht haben. Weil das der Grund ist, warum ich in der SPD bin. Und weil das für mich die entscheidende Frage ist, wie gerecht es in unserem Land zugeht. Lasst uns die gläsernen Decken einreißen.

Und auch, weil Dagmar Schmidt das für uns hart erkämpft hat: Die Kindergrundsicherung wird Eckpfeiler unseres Bundestagswahlkampfes. Alle Kinder haben von Geburt an die gleichen Rechte, deswegen sollen sie auch die gleichen Chancen bekommen. Mit guten und beitragsfreien Kitas im ganzen Land, mit kostenlosen Ganztagsangeboten für Schulkinder und mit freier Fahrt im Nahverkehr.

Und vor allem mit einer Existenz sichernden Geldleistung für alle Kinder, die den Flickenteppich von heute ersetzt. Denn in einem reichen Land darf es keine armen Kinder geben.

Das ist der Markenkern der SPD. Denn wir sind nicht

beliebig, wir machen nicht Politik für alle. Wir machen Politik für die, die Solidarität brauchen und die, die Solidarität wollen. Für die,

- die malochen,
- für die, deren Ersparnisse in die Kinder fließen,
- für die, die stolz auf ihre Drei-Zimmer-Wohnung und ihren Schrebergarten sind.
- Für die Vielen, nicht für die Wenigen.

Zusammenhalt bedeutet übrigens auch, dass sich niemand in diesem Land als Bürger zweiter Klasse fühlen darf, weil er oder sie eingewandert ist und oder weil die Eltern eine zweite Heimat haben. Das ist die Wirklichkeit in einem Land, in dem die Öffentlichkeit nicht weiß, wie es zu den NSU-Morden kommen konnte.

Man kann gar nicht häufig genug betonen, wie groß die Enttäuschung darüber ist, dass auch die Grünen die Freigabe der NSU-Akten verhindern und damit Koalitionsfrieden über die Transparenz in ein dunkles Kapitel dieses Landes stellen.

Und es ist Wirklichkeit in einem Land, in der es mehr als ein Jahr nach den rechtsterroristischen Morden von Hanau immer noch keine vollständige Transparenz gibt.

Hass führt zu Gewalt. Aus Sprache werden irgendwann Taten. Auch um ein Zeichen zu setzen, dass wir nicht wegschauen, haben wir den Ehrenamtspreis der südhessischen SPD an das Hanauer Institut für Toleranz und Zivilcourage 19. Februar verliehen. Denn NSU und Hanau dürfen sich nie wiederholen.

Und Zusammenhalt bedeutet auch, dass wir uns dieser Tage vor unsere jüdischen Nachbarn und Freunde, Mitschülerinnen und Mitschüler, Kolleginnen und Kollegen stellen müssen.

Ich wünsche mir, Kinder auf der palästinensischen und der israelischen Seite behütet und in Sicherheit aufwachsen. Dass die Spirale von Hass und Gewalt endet. Dass eine friedliche Lösung für zwei Staaten gefunden wird. Aber die Spirale kann nur enden, wenn wenn alle verstehen, dass das Existenzrecht Israels

nicht verhandelbar ist. Und die Lösung muss politisch gefunden werden. Wer Kritik an der Regierung Netanyahu hat, der muss sie an die Regierung Netanyahu adressieren. Flaggen vor Synagogen zu verbrennen ist keine legitime Israelkritik und wird es niemals sein.

Ich habe viel über den sog. Markenkern gesprochen. Markenkern heißt aber nicht, dass wir Ökologie den anderen überlassen. Ich glaube, dass wir uns nach Corona den Begriff der Nachhaltigkeit zurückerkämpfen müssen. Gerade wir in Südhessen wissen, dass Nachhaltigkeit mehr ist als Klimaschutz. Nachhaltig ist die Verbindung aus sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verantwortung und wirtschaftlicher Dynamik. Es ist der Dreiklang. Das müssen wir insbesondere den Grünen erklären.

Während wir diskutieren, die Lebenshaltungskosten der Menschen zu senken, kann den Grünen der CO2 Preis gar nicht hoch genug sein. Ich kann nur dafür werben, dass wir den eingeschlagenen Weg zur CO2 Neutralität

weitergehen.

Denn während SUV-fahrenden Millionären völlig wurscht ist, ob der CO2 Preis bei 30, 50 oder 100 EUR die Tonne liegt, wissen andere in diesem Land nicht, wie sie das alles bezahlen sollen.

Die Menschen werden sich nur stromsparende Kühlschränke oder saubere Autos kaufen, wenn sie es sich leisten können. Und sie werden auf das Auto verzichten und auf Bus und Bahn umsteigen, wenn es auch ein Angebot außerhalb der Großstadt gibt. Wer das nicht sieht, der schützt nicht das Klima sondern spaltet diese Gesellschaft.

Und, wenn ich mir den Stand der erneuerbaren Energien in Hessen und Baden-Württemberg anschau, dann besteht das grüne Klimaschutzprogramm vor allem aus einem Grundstoff: Heißer Luft.

Man kann nicht gleichzeitig sauberen Strom wollen und jedes Schwarzstorchnest dieser Republik als Grund

anführen, warum das Windrad gerade nicht in der eigenen Nachbarschaft entsteht.

Wenn wir es so gemacht hätten, wie die SPD es vor über 10 Jahren vorgeschlagen hat, dann würde der Strom in Hessen bereits zu 100 % aus erneuerbaren Energien kommen. Wir haben da keinen Nachholbedarf in der Energiewende.

Und wir haben auch keinen Nachholbedarf, wenn es darum geht, Menschen vom Flugzeug auf die Schiene zu holen. Dass Bahntickets heute mit 7 % statt mit 19 % versteuert werden, hat vor allem einen Grund. Das Klimaschutzpaket der SPD. Und dass man für 30 EUR von Frankfurt fliegen kann, hat vor allem einen Grund. Die Flughafenpolitik von Bündnis90/ Die Grünen Landesverband Hessen.

Vergünstigte Landeentgelte für Lohndrücker von Ryanair. Auf sowas muss man erstmal kommen. Das ist grüne Klimaschutzpolitik, die auf Regierungswirklichkeit trifft. Das ganze auf dem Rücken der Beschäftigten und

zum Leidwesen der Anwohner bei mir im Frankfurter Süden. Baerbock sagt: Die Grünen wollen Kurzstreckenflüge auf die Schiene verlagern. Dann fangt doch mal in Hessen an.

Nachhaltigkeit bedeutet auch, dass wir als reiches Industrieland Verantwortung übernehmen für die Lieferketten, aus denen die Produkte in unsere Supermarktregale kommen. Ein Plastikbecher darf nicht einmal um die Welt gehen, nur weil er dann ein Cent billiger ist. Ein Kleidungsstück darf nicht aus einer Fabrik kommen, in der die Näherinnen keine Rechte haben.

Es braucht Regeln gegen Ausbeutung, Kinderarbeit und Hungerlöhne. Und endlich kriegen wir Regeln. Das Lieferkettengesetz ist ein historischer Sieg für eine fairere Welt. Und das freut mich auch sehr persönlich für Sascha Raabe, der seit Jahrzehnten für eine gerechte Globalisierung kämpft. Denn Menschenrechte sind keine Handelsware.

Man muss unsere Region aber gar nicht verlassen,

wenn wir mehr für Nachhaltigkeit tun wollen. Es fängt bei der Produktion von Lebensmitteln an. Kein Klimaschutzziel, kein Umweltziel ist ohne unsere Landwirtschaft zu erreichen. Hessen-Süd ist eine landwirtschaftlich geprägte Region. Nicht nur im Vogelsberg, in der Wetterau, im Odenwald oder in absoluten Zahlen auch in Frankfurt. Ich bin froh, dass das Team von Jo Diesner die Landwirtschaft wieder in die Mitte der Partei und nicht zuletzt mit der Odenwälder Erklärung in die Mitte der öffentlichen Debatte geholt hat.

Zwischen uns und die Regionalbauern passt da kein Blatt Papier: Ich bin sehr dafür, dass Belastungen von Böden zurückgefahren, Insekten und natürliche Nährstoffkreisläufe geschützt werden. Aber nichts ist gewonnen, wenn unsere Landwirtschaftsbetriebe schließen, weil sie unter diesen Vorgaben nicht wirtschaftlich arbeiten können.

Nichts ist gewonnen, wenn Obst und Gemüse längere Strecken zurücklegen bis zu uns auf den Teller. Und

deswegen müssen wir auch den Niedersächsischen Weg gehen. Mehr Vorgaben muss auch mehr Geld für die Bauern heißen, damit sie wirtschaftlich arbeiten können und damit wir in 10 Jahren noch Landwirtschaft in Hessen-Süd haben.

Und wer gute Bildung, Gesundheit für alle und eine moderne Infrastruktur will, der muss auch sagen, wer sie bezahlt. Ich finde, die Familien, die Arbeitnehmer*innen und die kleinen Gewerbebetriebe zahlen schon genug. Aber was ist mit Vermögenden, mit den Multimillionären und Milliardären? Mit denen, die ganze Häuserblocks erben. Die, die in ihrem ganzen Leben für ihren Reichtum nie etwas gearbeitet haben. Denen sagen wir: Ihr müsst mit eurem Vermögen mehr Verantwortung übernehmen, damit unser Land zusammenbleibt.

Vieles davon werden wir im Nationalstaat allein nicht schaffen. Und deswegen ist es schon fast historisch, dass Olaf Scholz eine internationale Allianz für Steuergerechtigkeit geschmiedet hat.

Anrede,
wir sind vorbereitet auf die Bundestagswahl. Wir wollen Respekt für Menschen, die dieses Land zu dem machen, was es ist. Wir setzen darauf, dass die Zukunft neue Antworten und andere Mehrheiten verlangt. Und wir wissen, eine andere Politik auch ein geeintes Europa in der Welt braucht.

Für all das brauchen wir aber auch die Richtlinienkompetenz eines Bundeskanzlers. Wir haben einen Kanzlerkandidaten, der in seiner Vita gezeigt hat, wie man aus einer guten Idee reale Verbesserung für die Menschen macht. Als Arbeitsminister, der mit der Kurzarbeit die Massenarbeitslosigkeit verhinderte. Als regierender Bürgermeister von Hamburg, der mehr bezahlbare Wohnungen gebaut hat als jede andere Regierung. Als Finanzminister, der in der Rezession auf einen handlungsfähigen Staat und Investitionen setzte.

Jetzt ist es an uns. Wir sind die größte Partei im Land. Erzählt 20 Freunden, was wir Gutes vorhaben, und wir haben mehr Menschen erreicht als über jede

Tageszeitung.

Ich glaube daran: Vor uns liegt die größte politische Aufholjagd der letzten 16 Jahre. Und wir werden sie gewinnen. Mit klarem Kompass, geradem Rücken. Vertrauen, Mut und Zuversicht.

Lasst es uns wagen.